

Bildung und Erziehung erregen die Gemüter

Die beliebtesten Themen bei Volksbegehren in den Bundesländern sind Bildung und Kultur. Fast ein Drittel aller Volksbegehren seit 1946 fanden dazu statt. In Berlin war 2009 das Kita-Volksbegehren erfolgreich und brachte sogar einen Gerichtsbeschluss, der es den Volksbegehren in Berlin erlaubt, Vorschläge zu machen, die in der Umsetzung Geld kosten. Am 31. Mai startete in der Hauptstadt nun ein Hort-Volksbegehren namens „Grundschul Kinder, leben und lernen in der Ganztagschule, 1 + für Berlin“.

VON STEFANIE SENGER, BERLIN

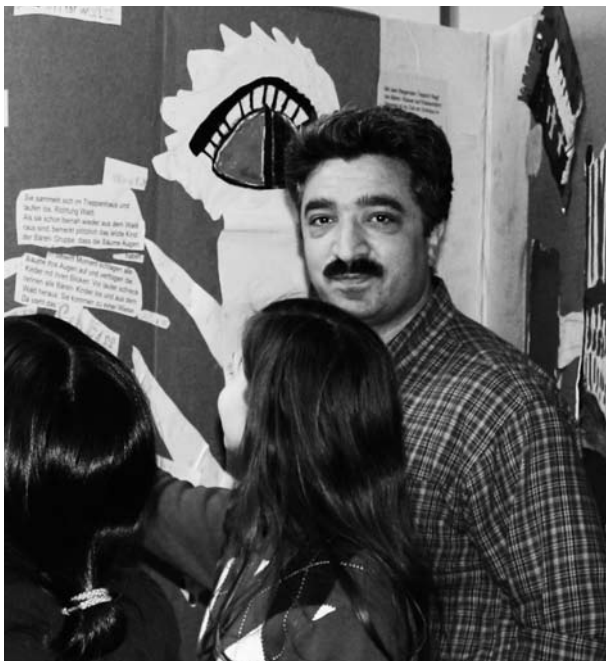
Es gab eine Zeit, in der Erzieher Mustafa Gül-Peköz von seinen Kindern mehr wusste als Namen und Alter. Vor der Heruntersetzung des Betreuungsschlüssels von 1:16 auf 1:22 (2002) und vor der Eingliederung der Horte in den Schulbetrieb (2005) konnten er und seine KollegInnen mehr Zeit in die Erziehung investieren. Die gute, intensive Betreuung leidet unter den Neuerungen, findet er, auch an der Charlotte-Salomon-Grundschule. Denn seit der Eingliederung der Horte in die Grundschulen enden die Aufgaben der Erzieher nicht bei der Betreuung, Aufsichtspflichten, die vorher die Schulen übernommen hatten, tragen nun die Horte. „Ich könnte mich nicht mit drei Kindern zurückziehen und ein Buch vorlesen“, bedauert Mustafa Gül-Peköz. Und immer öfter müssen Kinder hören: Jetzt nicht, keine Zeit.

Mit der Hort-Volksinitiative soll das geändert werden. Die Forderungen reichen von der Zurücksetzung des Betreuungsschlüssels auf 1:16, über gemeinsame Fortbildungen für ErzieherInnen und LehrerInnen bis hin zu besseren Integrationsbedingungen für behinderte Kinder. Zudem soll jedes Kind am subventionierten Mittagessen teilnehmen können. Vor allem aber sei es „definitiv ein Missstand, dass Kinder der fünften und sechsten Klassen nur in Härtefällen einen Hortplatz bekommen“, so Burkhard Entrup, Vorsitzender des Landesausschusses Kita (Leak) und Initiator des derzeitigen Volksbegehrens so-

wie des Kita-Volksbegehrens 2009. Er fordert deshalb einen Rechtsanspruch auf einen Hortplatz für jedes Kind. Lange Zeit konnte die Initiative jedoch nicht mit der Sammlung der 20.000 Unterschriften für den Antrag auf ein Volksbegehren beginnen. Drei Monate ließ die Senatverwaltung sie auf eine Kostenschätzung warten, die vor Beginn der Sammlung vorliegen muss. Ob der eventuell folgende Volksentscheid nun noch zeitgleich mit den Wahlen des Berliner Abgeordnetenhauses im Herbst 2011 erfolgen kann, ist fraglich. „Wir haben den Eindruck, dass wir blockiert wurden“, sagt Entrup. Zahlreiche Stimmen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, wie die von FDP-Bildungsexpertin Mieke Senftleben, sprechen sich trotz hoher Kosten für eine Verbesserung der Horterziehung aus. Auch die Gewerkschaft Erziehungswissenschaften (GEW) und Paul Schuknecht von der Vereinigung Berliner Schulleiter unterstützen die Initiative.

Die vielen Fürsprecher spiegeln das große öffentliche Interesse an Bildungspolitik wider, einem Politikbereich, der besonders häufig von Reformstau betroffen ist. Zu den Themen „Bildung und Kultur“ sind seit 1946 mit 26,4 Prozent die meisten Volksbegehren durchgeführt worden. Der Trend bestätigt sich auch gegenwärtig. 2009 liefen in den Bundesländern insgesamt acht Volksbegehren, die Bildung und Kultur thematisierten. In Thüringen wurden die Reformvorschläge des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik“ mit überwältigender Mehrheit vom Landtag angenommen. In Hamburg stimmten die Bürger am 18. Juli im Volksentscheid „Wir wollen lernen“ über die von CDU und Grünen auf den Weg gebrachte Schulreform ab. Jüngst startete in Berlin die Volksinitiative „Schule in Freiheit“. Doch trotz des großen Erfolgs des Kita-Volksbegehrens 2009 in Berlin bleiben die Chancen des neuen Volksbegehrens unklar. Statistisch gesehen scheitern in Berlin zwei Drittel der Initiativen, da sie für unzulässig erklärt oder abgebrochen werden. Gibt es einen Erfolg oder Teilerfolg, dann mit neunmal höherer Wahrscheinlichkeit noch vor dem Volksentscheid. Politiker lenken, wie beim Thüringer Volksbegehren zur Familienpolitik, oft schon vor der Abstimmung ein. Burkhard Entrup ist sich der vielen Wege bewusst, die zur Reform führen können: „Wir warten die Reaktion auf die 20.000 Unterschriften ab und dann schauen wir, ob wir in die zweite Stufe, das Volksbegehren, gehen“.

Stefanie Senger studiert Geschichte, Politikwissenschaft und Spanisch in Potsdam.



Erzieher Mustafa Gül-Peköz. Foto: Stefanie Senger